alhambra

zeit*ung* ohne panik

september 2006

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt:

NPD - Wahlkampfstände in Oldenburg! + Seite 3

Infoveranstaltung zu den Repressionen gegen die Antifas aus Frankfurt (Oder) und Potsdam + Seite 4

Solidarität mit allen angeklagten AntifaschistInnen/ hart backbord - veranstaltungsreihe + Seite 5

Anti-lager-Aktionstage + Seite 6

Den „Tag der Heimat" zum Desaster machen + Seite 10

Im Stich gelassen-Die Proteste gegen den G8-Gipfel in St. Petersbur + Seite 11

Die Oldenburg - Bremen Connection + Seite 12

Kein Neonaziaufmarsch in Göttingen/ Ausstellung "Werbung und Konsum" + Seite 14

crush hour concerts + Seite 15

NPD - Wahlkampfstände in Oldenburg!

Am Samstag dem 19.8. hat die NPD den Kommunalwahlkampf in Oldenburg offiziell begonnen. Mit einem Wanderzirkus versuchten die zum Teil angereisten 15 NPD`ler arme BürgerInnen zu belästigen. Dies wurde dann von 25 autonomen Antifas beendet.

Am Samstag war es dann soweit. Wie zu erwarten war, versuchtedie NPD in Oldenburg wie auch schon beim letzten Kommunalwahlkampf zu punkten. Das dies in Oldenburg kein ungefährliches Unterfangen ist für FaschistInnen konnten die zum Teil aus dem Umland (WST) angereisten Nazis schon bei ihren ersten Wahlkampfständen feststellen. Am späten Vormittag meldeten empörte BürgerInnen, daß die NPD einen Stand am Aktivmarkt am Hochheider Weg aufgebaut hätten. Die flugs zusammengerufenen Antifas kamen dort leider zu spät und konnten nur noch NPD Wahlkampfschilder an Laternenmasten beobachten, die bei ihrem Eintreffen vom Mast fielen, sich zusammenfalteten und brav in den nächsten Mülleimer flogen. Nach weiteren Hinweisen wurde schnell klar das der Stand nur umgezogen war. Also los, und auf nach Ofnerdiek, wo sie vor einem weiteren Supermarkt ihre Propaganda an BürgerInnen zu verteilen versuchten. Durch das Eintreffen der Antifas eingeschüchtert bauten die Nazis den Stand ab, wurden dann aber von ihrem Wahlkampfmaterial getrennt, und der Scheiß fachgerecht entsorgt, genauso wie mehrere Plakate die sie an ihrem "Wahlkampfmobil" befestigt hatten. Da der Staatsschutz mit 2 Herren vor Ort war, konnten die Faschos ohne körperliche Schädigungen den Platz verlassen. Als dann noch mehr Bullen auftauchten, entschieden die Antifas den Ort des Geschehens nach getaner "Arbeit" zügig zu verlassen. Leider wurden 20 Personen von mehreren Bullen auf einem Parkplatz gestellt, kontrolliert und weil die Politbullen offensichtlich einige Personen interessant fanden aufs 1. Revier verbracht und dort erkennungsdienstlich (Fingerabdrücke, Fotos...) behandelt. Hierbei kam es zu kleineren Schikanen, wie, das sich eine und nur diese Frau nackt vor einer miesmuscheligen Bullette ausziehen musste um sie „nach unveränderlichen Merkmalen zu untersuchen". Trotz dieser Machtspielchen seitens der Bullen war der Ausdruck in den Gesichtern der Faschos Lohn genug.

An dem darauf folgenden Samstag trauten sich die NPD`ler nicht einen Stand aufzubauen. Am Samstag dem 2.9. dann hatten sie sich massiv Verstärkung aus der Region besorgt und hielten 3 Stände für jeweils eine knappe Stunde an der Cloppenburger Str., dem ..., und an der Hauptstr. ab. Es waren etwa 30 Faschos, die dabei geschützt wurden von einem massiven Aufgebot aus oldenburger Politbullen und Hannoveraner Bereitschaftspolizei, was es ihnen ermöglichte, ungestört aber nicht unbeobachtet durch die Außenbezirke von Oldenburg zu huschen. Aber es kommt ja noch ein Samstag, also aufgepasst und mitgemacht, wenn es wieder heißt:

Nazis vertreiben ist wie den Müll rausbringen, nervig aber irgenjemand muss es ja tun!

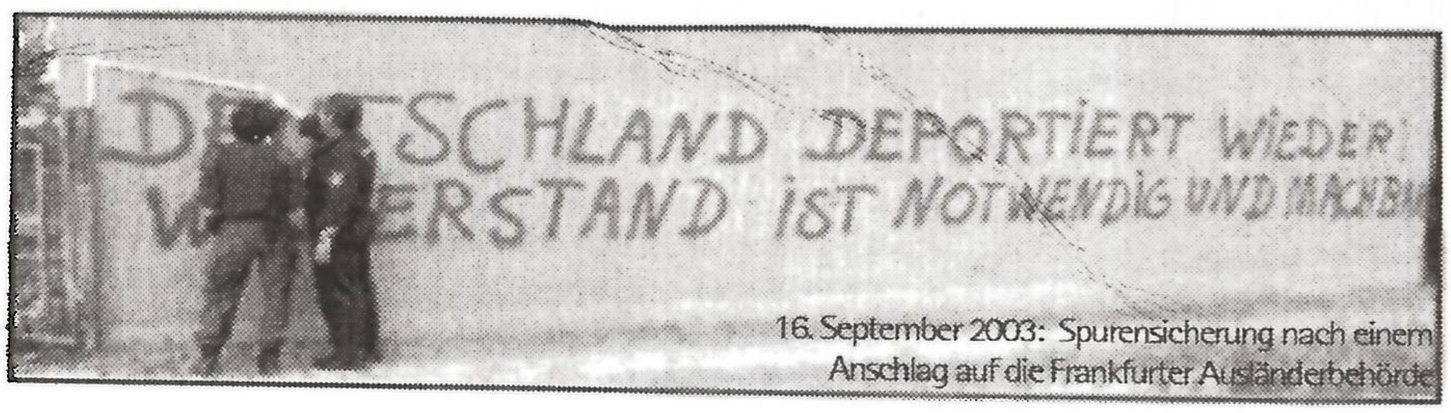
Die **Oldenburger Rechtshilfe** lädt ein:

Infoveranstaltung zu den Repressionen gegen die Antifas aus Frankfurt (Oder) mit der Soligruppe Frankfurt www.soligruppe-frankfurt.de und aus Potsdam mit der Soligruppe Potsdam

Mo. 11. September 20:30 Uhr Alhambra

Seit einem Jahr arbeitet beim Landeskriminalamt Brandenburg die Ermittlungskommission „Viano" an der Aufklärung einer Brandstiftung am Wahlkampfmobil des brandenburgischen Wirtschaftsministers Ulrich Junghanns (CDU). Dieses war im Landtagswahlkampf 2004 vor dessen Wohnhaus in Frankfurt (Oder) in Flammen aufgegangen. Hinweise auf eine TäterInnenschaft gab es nicht. Trotzdem ermittelt die Behörde gezielt gegen mehrere AntifaschistInnen der Stadt mit dem Ziel, sie über § 129 StGB zu kriminalisieren. Dieses Vorgehen des LKA reiht sich ein in einen verschärften Ermittlungseifer staatlicher Behörden gegen die Frankfurter Linke in den letzten Jahren, bei dem es offenbar darum geht, eine wieder selbstbewusst agierende junge Szene zu durchleuchten und mundtot zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, nutzen die BeamtInnen wiederholt rechtswidrige Ermittlungsmaßnahmen und üben massiven Druck auf die Beschuldigten aus. Bisher ohne Erfolg.

Die einst pulsierende Bezirksstadt mit 87.000 EinwohnerInnen im deutsch-polnischen Grenzgebiet kämpft immer noch mit anhaltendem Bevölkerungsschwund. Gepriesene Hoffnungsanker wie der Bau einer Chipfabrik scheiterten kläglich. Das letzte verbliebene Prestigeprojekt - die Europa-Universität Viadrina - soll als kommende Stiftungsuniversität mit konservativem Charakter unter der als Pershing II-Liebhaberin und Vertriebenen-Freundlich bekannten Gesine Schwan zu einem neuen Aushängeschild werden. Doch in die ausländerfeindliche Stadt kommen immer weniger Studierende aus dem Ausland.
Hier wurden 1991 die ersten polnischen Reisebusse nach der neuen Visaregelung angegriffen. Hier wurden polnische StudentInnen wiederholt durch die Stadt gejagt. Hier ermordeten Nazis 2003 einen Punk in seiner Wohnung. Hier werden afrikanische AsylbewerberInnen nicht in Diskotheken eingelassen, vor den Augen zahlreicher Gaffer krankenhausreif geschlagen. Und hier folterten Nazis erst 2004 stundenlang mit kaum vorstellbarer Perversion. Eine organisierte Neonaziszene, die politisch agiert, ist aber derzeit nicht präsent. Die Gefahr geht vielmehr von zahlreichen bestens integrierten Nazischlägern aus, die es nicht nötig haben als solche erkennbar zu sein. Zuletzt griffen Schläger (teilweise angereist aus Fürstenwalde) am vergangenen Samstag während eines NPD-Infostandes in den Lenne-Passagen junge Linke an. Sie wollten diese augenscheinlich davon abhalten die für diesen Tag zur national befreiten Zone erklärte Innenstadt zu betreten. Am gleichen Abend wurde in den als Hort rechtsextremer bekannten Platten-Neubausiedlungen Südring und Neuberesinchen eine spontane Protestdemo gegen die wieder auf-flammende Gewalt durchgeführt. In „Neubrasilien" wurden Personen von zwei mit Brechstangen bewaffneten Nazis angegriffen. Insgesamt 7 Personen wurden verhaftet und mussten die Nacht in Polizei-Gewahrsam verbringen.
Da eine Reaktion der Stadtoberen auf diese Verhältnisse bis heute nur dann erfolgt, wenn die mediale Aufmerksamkeit sie unbedingt erfordert, war Antifa, auch aus Selbstschutzgründen, seit Anfang der 90er ein Schwerpunkt in der Arbeit der Frankfurter Linken.
Nachdem das Staatsschutzkommissariat der Frankfurter KriPo mit einer großen Anzahl militanter Aktionen konfrontiert wurde, für die in keinem Fall TäterInnen dingfest gemacht werden konnten, ja nicht einmal Verdächtige präsentiert wurden, verschärfte die Behörde Anfang des Jahres 2004 ihre Gangart. Beschuldigte mussten her. Diese hofften die Ermittler in der jungen Antifaszene zu finden.
Mehrmals observierten Beamte des MEK (Mobiles Einsatzkommando) Personen aus der linken Szene. Akribisch wurden Telefonnummern der AntifaschistInnen zusammengetragen, Telefonüberwachung und Durchsuchungsbeschlüsse beantragt, jedoch wegen fehlender Verdachtsmomente abgewiesen
Da die BeamtInnen nicht voran kamen und sich immer noch auf die AntifaschistInnen eingeschossen hatten, wurde offenbar versucht Hinweise für eine Beteiligung der Personen an Aktionen zu finden, über die sich ein Zusammenhang zu der Brandstiftung des Wahlkampfmobils herstellen ließe.
Das Vorgehen von Staatsschutz und LKA entbehrt in seiner Intensität jeder Grundlage. Die Beschuldigten und ihr Umfeld sind immensen Druck ausgesetzt. Deshalb ist es notwendig den Behörden akribisch auf die Finger zu schauen.



16. September 2003: Spurensicherung nach einem Anschlag auf die Frankfurter Ausländerbehörde

Solidarität mit allen angeklagten AntifaschistInnen !

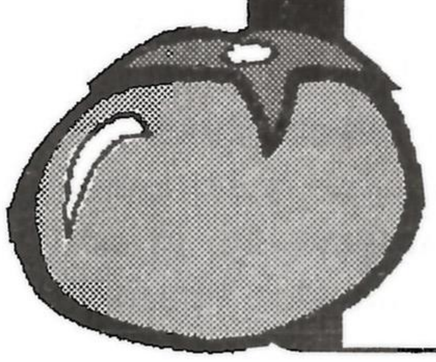
- Spendenaufruf -

Die ersten Strafverfahren wegen praktizierten Antifaschismus in Zusammenhang mit dem NPD Aufmarsch vom 3.9.05 sind inzwischen gelaufen. Diverse Strafbefehle sind ergangen.

Zwei Verfahren wurden vom Amtsgericht Oldenburg eingestellt, leider gegen Zahlung einer sog. Auflage. Betrachten wir die Ausgangssituation (6 Monate Haft auf Bewährung plus Geldstrafe) ist das unterm Strich ein erfreuliches Ergebnis. Nicht ganz so erfreulich ist das Ergebnis des dritten Verfahrens: hier kam es zu einer Verurteilung zu 3 Monaten Knast auf 2 Jahre Bewährung und einer Geldstrafe von 400 Euro.
Es sind noch nicht alle Verfahren abgeschlossen und es wird noch zu weiteren Strafverfahren in Oldenburg kommen (unter anderem ein Verfahren wegen „Rädelsführerschaft")

Das bedeutet, dass die Oldenburger Rechtshilfe erhebliche Mittel aufwenden muss, um die stellvertretend angeklagten bzw. verurteilten AntifaschistInnen zu unterstützen. Bislang wurden in Zusammenhang mit dem 3.9.05 Unterstützungsgelder in Höhe von ca. 3000 bezahlt. Die noch ausstehenden Verfahren können unter Umständen noch sehr viel Geld kosten, deshalb unserer Aufruf:

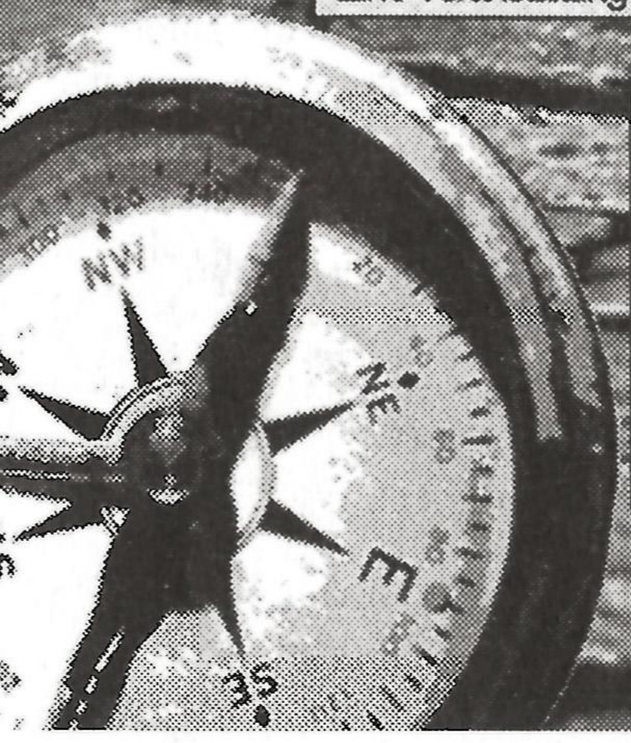
Spendet Geld für die Unterstützung der angeklagten AntifaschistInnen (und zwar nicht zu knapp!) auf das Spendenkonto der Oldenburger Rechtshilfe
100-006 154 bei der LzO, Bankleitzahl: 28050100
unter dem Stichwort: 3.9.05



hart backbord
veranstaltungsreihe 2/4

Montag, 11. September 20.30 h
Infoveranstaltung der Oldenburger Rechtshilfe
zu den Repressionen gegen die Antifas aus Frankfurt (Oder) mit der Soligruppe Frankfurt und der Soligruppe Potsdam.

Montag, 18.September 20.30 h
Mit der revolutionären Gewerkschaft zu einer freien Gesellschaft
Theorie und Praxis des Anarcho-Syndikalismus
Auf der Veranstaltung wird über das Konzept und die Praxis des Anarcho-Syndikalismus informiert. Anhand von aktuellen Beispielen wird seine Doppelbedeutung von alltäglichem Kampf gegen Ausbeutung bis zur angestrebten Selbstverwaltung der Gesellschaft durch die soziale Revolution dargestellt. Anschließend Diskussion.
Eine Veranstaltung mit der FreienArbeiterInnen Union (FAU) Bremen



Montag, 30. Oktober 20.30 h
Anti-Sexismus revisited!
Eine Informationsveranstaltung zur Broschüre zum Umgang mit sexualisierter Gewalt in linken Zusammenhängen. Tagesordnung zu setzen und Wege des Umgangs mit sexualisierten Übergriffen aufzuzeigen.
z.B. Warum gibt es die Definitionsmacht, Aufbau und Organisation einer UnterstützerInnengruppe, was meint Parteilichkeit, ein kleiner Leitfaden zum Verhalten in Gruppen, Informationen zu Folgen sexualisierter Gewalt, ein Diskussionsbeitrag zu Täterumgang...und viele Fragen die noch lange nicht beantwortet sind.
Readergruppe Münster

im alhambra hermannstr. 83 oldenburg

Anti-Lager-Aktionstage
in Blankenburg/Oldenburg
29.09. - 1.10.

Das europäische Lagersystem

Derzeit wird innerhalb und außerhalb der EU mit hohem Tempo ein System unterschiedlicher, sich wechselseitig ergänzender Lager hochgezogen. Hierzu gehören erstens Flüchtlingsauffanglager vor den Toren der EU, etwa in der Ukraine, Libyen oder Mauretanien; zweitens große Lagerkomplexe unmittelbar an den EU-Außengrenzen, an der polnischen Ostgrenze zur Ukraine genauso wie auf der italienischen Insel Lampedusa oder den Kanarischen Inseln (Spanien); sowie drittens unterschiedliche Lager innerhalb der einzelnen EU-Länder. In Deutschland sind es die sogenannten zentralen Erstaufnahmelager, wie z.B. die ZAAB Oldenburg in Blankenburg und die Abschiebelager wie die Außenstelle der ZAAB Oldenburg in Bramsche/Hesepe. Eine Umverteilung der Flüchtlinge in die Städte und Gemeinden findet nicht mehr statt, so dass sie vom Tag ihres Asylantrages bis zur Ablehnung und Abschiebung im Lager leben. Isolation ist das Grundprinzip sämtlicher dieser Lager – ganz gleich ob diese in der lybischen Wüste, in den Wäldern Mecklenburg-Vorpommerns oder im Industriegebiet westdeutscher Großstädte liegen. Denn je stärker Flüchtlinge und MigrantInnen isoliert bzw. sozial ausgeschlossen sind, d.h. je spärlicher ihre Kontakte zur ansässigen Wohnbevölkerung, zu migrantischen Communities, RechtsanwältInnen oder politischen AktivistInnen ausfallen, desto tiefer greift die Kontrolle, desto stärker sind sie außerdem den Schikanen, Demütigungen und Bestrafungen durch Lagerleitung & Behörden ausgesetzt.

Mit ihrer Isolationspolitik verfolgen die LagerbürokratInnen der EU mehrere, oft auch gegenläufige Ziele auf einmal: Erstens sollen möglichst viele Flüchtlinge und MigrantInnen in Lagern abgefangen und somit an der Einreise in die EU gehindert werden – ein Unterfangen, das im unmittelbaren Zusammenhang mit weiteren Maßnahmen steht, wie z.B. der personellen Aufstockung der Grenzpolizeien, der technischen Perfektionierung der Grenzüberwachung oder der Auskundschaftung geheimer Migrationsrouten und Treffpunkte. Die Unterbringung in Lagern ist zweitens eine zentrale Voraussetzung dafür, Flüchtlinge und MigrantInnen möglichst reibungslos wieder abzuschieben, entweder direkt in ihre Herkunftsländer oder in die neu errichteten Auffanglager in Nordafrika, wo sodann die Regierungen Libyens, Tunesiens oder Marokkos über das weitere Vorgehen entscheiden. Drittens dient Lagerpolitik der Abschreckung bzw. Illegalisierung – sei es, dass Flüchtlinge und MigrantInnen es vorziehen, von Anfang an irregulär in die EU einzureisen (anstatt sich ins ohnehin fast aussichtslose Asylverfahren zu begeben) oder sei es, dass sie durch ihre Lagererfahrungen zermürbt werden und freiwillig in die Illegalität abtauchen. Beides ist durchaus Kalkül, jedenfalls in bestimmten Umfang: Menschen ohne Papiere kosten den Staat nichts, außerdem stehen sie dem europäischen Arbeitsmarkt als billige, flexible und gewerkschaftlich unorganisierte Arbeitskräfte zur Verfügung – ob in der Landwirtschaft, auf dem Bau, im Reinigungsgewerbe, in der Gastronomie, der Sexindustrie oder den privaten Haushalten der Mittelklassen.

Wichtig ist uns auch der Hinweis, dass es leider nur eine Minderheit ist, die aus Neugier und Entdeckungslust Ausschau nach neuen Ufern hält. Die meisten Menschen sind hingegen auf der Suche nach einem besseren Leben – einem Leben in Würde und Selbstbestimmung, in Sicherheit und unter Existenzbedingungen, die nicht nur vom Allernotwendigsten geprägt sind. Oder umgekehrt: Sie brechen auf, weil ihre Existenzgrundlagen zerstört werden, weil sie sich vor Krieg und Diktatur oder sexistischer Verfolgung in Sicherheit bringen müssen. Viele dieser Gründe haben direkt oder indirekt mit der herrschenden Welt(wirtschafts)ordnung zu tun. Lager- und Migrationspolitik muss folglich auch als der Versuch seitens der reichen Länder verstanden werden, die weltweiten, von extremer Ungerechtigkeit geprägten Verteilungsverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Wir lehnen die Isolation von Flüchtlingen und papierlosen MigrantInnen ab, egal ob sie aus den Städten in die Wälder oder in nordafrikanische Wüstenlager ausge-Lager-t werden. Wir machen uns vielmehr für das Recht auf globale Bewegungsfreiheit stark. Alle Menschen haben das Recht, sich dort aufzuhalten, wo immer und solange sie möchten! Wir fordern den Stopp aller Abschiebungen und die sofortige Schließung von Lagern – hier und überall.

Für globale Bewegungsfreiheit!
Gleiche Rechte für Alle!

Das Lager Blankenburg

Das von Oldenburg ca. 7 km entfernte Klostergelände Blankenburg wurde 1294 als Dominikanerinnenkloster gebaut und diente nach dessen Auflösung Mitte des 16. Jahrhunderts als Unterkunft für Ausgestoßene der Gesellschaft, Arme, Obdachlose, (psychisch) Kranke. Nachdem Anfang der 80er Jahre das Psychiatrische Krankenhaus in Blankenburg geschlossen wurde richtete die Stadt Oldenburg 1989 für kurze Zeit eine Unterkunft für ÜbersiedlerInnen aus der ehemaligen DDR ein. 1990 wurde dann das Einreiselager zur ZASt (Zentrale Anlaufstelle) für AsylbewerberInnen umfunktioniert. Die ZASt Oldenburg war damit eines der großen Erstaufnahmelager für Flüchtlinge in Niedersachsen, die zweite Einrichtung dieser Art befindet sich bei Braunschweig.

Vor dem Hintergrund einer bundesweiten Asylrechtsverschärfung entstanden schon seit 1986 innerhalb der Stadt Oldenburg einige zentral verwaltete Massenunterkünfte für Flüchtlinge (die vorher in Wohnungen untergebracht waren). 1989 lebten in Oldenburg ca. 1400-1500 Flüchtlinge. Nun wurden ca. 700 Asylsuchende in der ZASt interniert. Mit diesem Schritt schob die Stadt Oldenburg die Flüchtlinge nach Blankenburg außerhalb der Stadtgrenze ab. Der damalige Oberstadtdirektor Wandscher handelte mit dem damaligen niedersächsischen Minister Trittin eine Vereinbarung aus, nach der mit der Einrichtung der ZASt die Stadt Oldenburg von der landesweiten Zuteilungsquote herausgenommen wurde, denn Oldenburg sei durch die ZASt bereits genug „belastet".

Flüchtlinge sollten für höchstens drei Monate in der ZASt bleiben und danach dezentral umverteilt werden. 1994 kam es jedoch zu Protesten von Flüchtlingen, die entgegen der gesetzlichen Bestimmungen schon über ein halbes Jahr im Lager interniert wurden. Familien mussten mit sechs oder mehr Personen in Räumen von weniger als 20 qm leben, für die Erwachsenen bestand Arbeitsverbot und die Kinder konnten keine Schule besuchen. Damals wurde die Einfahrt blockiert, 40 Männer befanden sich in Hungerstreik, weitere BewohnerInnen boykottierten die Essensausgabe. Wegen des öffentlichen Drucks wurden eigene Kochmöglichkeiten und die Überprüfung der Möglichkeit eines Schulbesuchs für Kinder versprochen. Sechzig Personen bekamen einen Umverteilungsbescheid in Heime. Die Tendenz zur langfristigen Internierung in Lagern wurde damals schon deutlich.

Seit 1998 werden im Rahmen des „Projekt X" auch einige Flüchtlinge mit „ungeklärter Staatsangehörigkeit" in die ZASt Oldenburg eingewiesen. Man fordert sie schriftlich dazu auf, ihren Wohnsitz in den Städten und Gemeinden zu verlassen und wieder im Lager zu leben, zwecks ihrer Identitätsfeststellung. Dort sollen sie durch häufige Verhöre, Botschaftsvorführungen, Kontrolle ihrer persönlichen Sachen, die nach hinweisen auf ihr Herkunftsland durchsucht werden, sowie gezielter Bespitzelung und dem Entzug von Geldleistungen dazu gebracht werden, ihre Staatsangehörigkeit darzulegen, damit sie dorthin abgeschoben werden können. Viele von diesen zwangseingewiesenen Flüchtlingen tauchen in die Illegalität ab. Das Projekt wird als erfolgreich angesehen, da es sowohl im Falle einer Abschiebung als auch im Falle der Illegalität zur Einsparung von Kosten kommt. Die Erfahrungen aus diesem Pilotprojekt sind mittlerweile fester Bestandteil des Lagersystems in der Bundesrepublik Deutschland geworden.

Seit Ende 2000 bekam die ZASt auch eine Außenstelle in Bramsche/Hesepe, die faktisch ein Abschiebelager ist. Das Lager gilt als Modellprojekt in der Bundesrepublik, hier werden die Methoden aus dem Projekt X konsequent umgesetzt und weiter verfeinert. Erklärtes Ziel ist es, durch repressive Maßnahmen Druck auf die Flüchtlinge auszuüben und sie somit zur Ausreise oder in die Illegalität zu drängen. In der offiziellen Darstellung der Außenstelle Bramsche heißt das dann zynischerweise: „Gemeinsam mit den Flüchtlingen entwickeln wir Perspektiven für eine Rückkehr in Würde".

Seit Anfang 2005 heißt die ZASt nun ZAAB (Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde) und hat sich von einer Erstaufnahmeeinrichtung zum Sammellager entwickelt. Zusammen mit der Außenstelle Bramsche entsteht eine Kombination von Ein- und Ausreiselager.

Mit den zurückgehenden Flüchtlingszahlen der letzten 10 Jahre werden zunehmend dezentrale Wohnheime geschlossen. Eine sog. „Umverteilung" findet nicht mehr statt, so dass die Flüchtlinge vom ersten Tag ihres Asylantrages bis zur Ablehnung und Abschiebung im Lager leben müssen. Von der ZAAB Oldenburg aus werden sie in das Abschiebelager Bramsche/Hesepe gebracht, wenn die Vermutung besteht, dass der Asylantrag keinen Erfolg hat. Faktisch bedeutet das, dass fast alle Flüchtlinge ins Lager Bramsche eingewiesen werden können, denn die Anerkennungsquote für AsylbewerberInnen in der BRD beträgt zur Zeit 0,9%.

Lager als „totale Institution"

Lager haben den Charakter einer „totalen Institution": Sie beschränken den sozialen Verkehr der zwangsweise dort untergebrachten Menschen mit der Außenwelt; sie schränken die Freizügigkeit ein. Die verwaltungstechnische Organisation des Lebens an immer demselben Ort und innerhalb des Zwangskollektivs schafft eine ‚künstliche' Welt, in der die Handlungsfreiheit von Menschen eklatant eingeschränkt und Flüchtlingen das Recht auf Selbstbestimmung entzogen wird.

Seit 1991 existieren alle für das Asylverfahren notwendigen Behörden auf dem Klostergelände. In der ZASt Oldenburg befinden sich Außenstellen der Ausländerbehörde, des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, des Gesundheitsamtes, des Sozialamtes und der Kriminalpolizei, Arrestzellen für Abschiebehäftlinge, der Allgemeine Sozialdienst und das Diakonische Werk.

Außerdem gibt es Wachdienste, die zum Teil Polizeivollmachten erhalten, d.h. sie dürfen Flüchtlinge verhaften, festsetzen, überprüfen und durchsuchen. Die Räume der Flüchtlinge können jederzeit von HausmeisterInnen, BetreiberInnen und PolizistInnen begangen werden. Es gibt PförtnerInnen am Eingang, die Ein- und Ausgangskontrollen durchführen von BewohnerInnen des Lagers sowie von deren BesucherInnen.

Die Einschränkung der Flüchtlinge ist erklärtes Ziel, denn Flüchtlinge werden in Lager eingewiesen, damit sie einer permanenten Kontrolle ausgesetzt sind. Mit den Lagern werden die Flüchtlinge von der Gesellschaft isoliert und ihre Integration in diese verhindert. Sie sollen keine eigene Perspektive aufbauen, sondern das Land so schnell wie möglich wieder verlassen.

Laut dem Lagerleiter Christian Lüttgau bleiben die Menschen durchschnittlich ein Jahr in Blankenburg, es gibt jedoch einige, die schon über drei Jahre dort leben müssen. Momentan sind ca. 560 Menschen in Blankenburg untergebracht (bei einer Kapazität von 550 Plätzen), hauptsächlich Flüchtlinge aus dem Irak, der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und afrikanischen Ländern. Die Flüchtlinge im Lager unterliegen der Residenzpflicht (das heißt, sie dürfen den Landkreis nicht ohne Genehmigung verlassen), sie bekommen lediglich ein Taschengeld von 39,18 € monatlich, ansonsten nur Sachleistungen, und haben ein Arbeitsverbot (einige Ausgewählte können für 1,05 € die Stunde Arbeiten verrichten) In einem offenen Brief einiger BewohnerInnen, der 2006 der Landesregierung übergeben wurde, werden die im Lager herrschenden Zustände beschrieben: Die BewohnerInnen sind nicht über ihre Rechte informiert, wichtige Informationen und Aufforderungen werden nicht übersetzt; sie leben isoliert, die Busverbindung ist schlecht und mit 39,18€ im Monat nicht bezahlbar; das Essen ist unausgewogen, und es wird zu wenig auf kulturelle Besonderheiten geachtet; bei Krankheit darf nur die Lagerärztin konsultiert werden, sie hat nur zweimal die Woche Sprechstunde, geht nicht auf die Patienten ein, sondern verschreibt für alle Krankheiten häufig nur das Schmerzmittel Paracetamol und äußert sich rassistisch.. In dem offenen Brief fordern die Flüchtlinge eine dezentrale Unterbringung und eine menschliche Behandlung.

Wir solidarisieren uns mit dem täglichen Kampf der Flüchtlinge und fordern die Schließung der Lager. Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben selber zu entscheiden wo und wie er leben will. Flucht und Migration ist kein Verbrechen und das Prinzip „Gleiche Rechte für alle“ ist nicht verhandelbar!

Frauen und Flucht

Weltweit sind Millionen Frauen und ihre Kinder auf der Flucht. Es gibt unzählige Gründe, die Frauen dazu bewegen, ihre Herkunftsländer zu verlassen: Frauen fliehen vor Genitalverstümmelung, Zwangsprostitution, Zwangsverheiratungen, sexueller Folter, Verfolgung lesbischen Lebens. Sie entschließen sich zur Migration, weil sie in ihrem Herkunftsland keine Chance auf Bildung oder Ausbildung haben, weil sie als politische Aktivistinnen verfolgt werden und ihr Land verlassen müssen. Frauen treffen die Entscheidung zur Migration, weil sie in ihrem Land keine Möglichkeit sehen, genügend Geld zu verdienen. Sie migrieren, weil sie sich nicht in die vorgeschriebenen Frauenrollen pressen lassen wollen. Frauen fliehen vor Kriegen, vor den Folgen der Kolonialisierung. Sie entfliehen der gezielten Zerstörung ihrer wirtschaftlichen und ökologischen Lebensgrundlagen.

80% aller Flüchtlinge weltweit sind Frauen. Diese Tatsache wird oft nicht wahrgenommen, da die Mehrzahl der in den westlichen Ländern ankommenden Flüchtlinge Männer sind. Je weiter der Weg ist, den Menschen auf der Flucht zurücklegen, desto geringer wird der Anteil der Frauen. Sie haben schlechtere Vorraussetzungen eine Flucht zu organisieren. Es fehlt ihnen an Geld, Beziehungen und Bildung. Frauen sind oft mit ihren Kindern unterwegs und dadurch weniger flexibel. Sehr viele Frauen gelangen nur bis an die Landesgrenzen oder in einen benachbarten Staat.

Die wenigen Frauen, die Deutschland erreichen, haben kaum Chancen auf Asyl. Frauenspezifische Fluchtgründe als Asylgrund werden hier in den allermeisten Fällen nicht anerkannt und angemessener Schutz nicht gewährt. So endet für viele Frauen die Flucht in der Illegalität oder im Flüchtlingslager.

Viele Frauen im Abschiebelager Bramsche berichten über die menschenverachtende Situation, in denen sie und ihre Kinder leben müssen.

R. erzählt: Sie kam nach Deutschland, weil sie im Libanon gezwungen werden sollte, als Witwe ihren Sohn an den Onkel abzugeben. Als alleinstehende Frau ist es R. nicht erlaubt, in ihrem schiitischen Umfeld mit islamischer Gesetzgebung mit ihrem Sohn zu leben. Nach einem Selbstmordversuch schaffte sie mit ihrem Sohn die Flucht nach Europa. Sie erhoffte sich Freiheit und Gleichberechtigung, was ihr begegnet, ist Rassismus, Unfreiheit und die drohende Abschiebung.

Obwohl im neuen Zuwanderungsgesetz von 2005 geschlechtsspezifische Verfolgung existiert, wird ihr Fluchtgrund nicht anerkannt, sondern als „kulturelle Sitte im Herkunftsland“ abgelehnt. Trotz der Bombardierungen des Libanon wurde R. von der Lagerleitung unter Druck gesetzt, ihre fehlenden Papiere zu beschaffen, um sie dann abschieben zu können.

Der Alltag im Lager ist geprägt von Demütigung, Diskriminierung, sexuellen Übergriffen und Verlust der persönlichen Freiheit. So müssen z.B. mehrere Personen in einem Zimmer leben und verlieren damit jegliche Privatsphäre. Rückzugsräume für Frauen wie z.B. Aufenthalts- oder Sporträume gibt es nicht, selbst auf den offiziellen Frauentoiletten werden Frauen durch Wachpersonal und Hausmeister belästigt. Die BewohnerInnen der Lager sind gezwungen, in der Lagerkantine eintönige Massenverpflegung zu essen. Doch es gibt individuellen Widerstand, indem z.B. Flüchtlinge einen kleinen Elektroherd anschaffen, um ihr eigenes Essen zu kochen.

Die Situation der Kinder macht besonders deutlich, wie menschenverachtend der Lageralltag ist. Im Kindergarten betreuen 2 Erzieherinnen die 50-70 Kinder. Die Spielsachen sind oft veraltet und kaputt. Neues Spielzeug ist zwar auch vorhanden, darf aber nicht von den Kindern benutzt werden. Doch auch die Kinder wehren sich auf ihre Weise: So ließ sich Z. nicht verbieten, mit neuen Stiften zu malen. Daraufhin wurde Z. von der Betreuerin aus dem Kindergarten verwiesen. Andere Kinder wehrten sich dagegen und versuchten Z. wieder hereinzuholen. Die Rangelei endete mit einer Woche Kindergartenverbot für alle Kinder.

Für alle älteren Kinder gibt es eine Lagerschule, in der sie 2 Stunden täglich unterrichtet werden. Die meisten Kinder sind dabei unterfordert, da in jeder Jahrgangsstufe die Unterrichtsinhalte fast die gleichen sind. Es gibt auch die Möglichkeit, eine öffentliche Schule zu besuchen. Die Entscheidung darü-

ber fällt der Lagerleiter willkürlich. Von ca. 60 schulpflichtigen Kindern gehen nur 12 in öffentliche Schulen.

Auch die medizinische Versorgung ist katastrophal. Der Arzt aus dem Lager Bramsche verschreibt bei unterschiedlichen Krankheiten die gleichen Schmerzmittel und Salben, die oft wirkungslos sind. Frauen wird der Besuch bei einer Frauenärztin verweigert, weil angeblich keine sprachliche Verständigung möglich ist. Im Lager Parchim gibt es keinen Arzt. Dort entscheidet die Krankenschwester. So wurde z.B. eine von einem Arzt außerhalb des Lagers dringend angeratene Operation von der Krankenschwester nicht genehmigt.

An diesen Beispielen werden die menschenverachtenden Bedingungen der Abschiebelager deutlich.

Die Lager müssen weg!

Das „feminist meeting"

Seit dem Frühjahr 2005 gibt es das „feminist meeting", ein Treffen von Frauen, Lesben, Transgender aus dem No-Lager-Netzwerk und anderen Gruppen, die gegen Rassismus und das Patriarchat vorgehen. Hier treffen sich Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge mehrmals im Jahr, um über die Situation in den Lagern, Abschiebungen, Rassismus ... zu diskutieren und Aktionen gemeinsam zu planen. Zudem tauschen wir uns über Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen und Mädchen in den verschiedenen Herkunftsländern (incl. BRD) und dem Widerstand, aus.

Zusätzlich zu der Teilnahme an den No-Lager-Aktionen, hat das „feminist meeting" eigene Aktionen organisiert. Am 25.11.2005, dem Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen, haben wir auf den feministischen Aktionstagen in Hamburg mit Dialogtheater und Flugblättern die katastrophale Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen angeprangert. Am 8. März 2006 demonstrierten wir zusammen mit Iranerinnen und Kurdinnen u.a. gegen die islamischen Gesetze im Iran, die aktuell und auch vorher für viele Frauen tödlich sind.

Frauen aus dem Abschiebe-Lager Bramsche haben ihre Situation und speziell die menschenverachtende Lage der Kinder im „feminist meeting" zur Diskussion gebracht. Hierzu wird es auch noch Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen geben.

Programm

Freitag, 29,.09.

ab 15h Begrüßung mit kleinen Snaks
Volleyball-/Fußball-/Kicker-Turnier, Mitmachcircus, Spiele nach Wunsch und Theaterworkshop für Frauen
ab 19h Essen
ab 20h Auftaktplenum, Gespräche über die Situation in Blankenburg, Bramsche und anderen Lagern, Informationen zu Rechten von Flüchtlingen und MigrantInnen
danach Live-Musik

Samstag, 30.09.

ab 09h Frühstück
ab 11:30h Gemeinsame Demo ab Hauptbahnhof
ab 16h Essen
ab 17h Workshops: „Selbstorganisation von Flüchtlingen", „Linksradikale Politik und antirassistische Arbeit"
ab 20h Diskussion zu Perspektiven antirassistischen Widerstands
danach Kino

Sonntag, 1.10.

ab 10h Frühstück
ab 11h Abschlussplenum
ab 13h Mittagessen

Wer wir sind ...

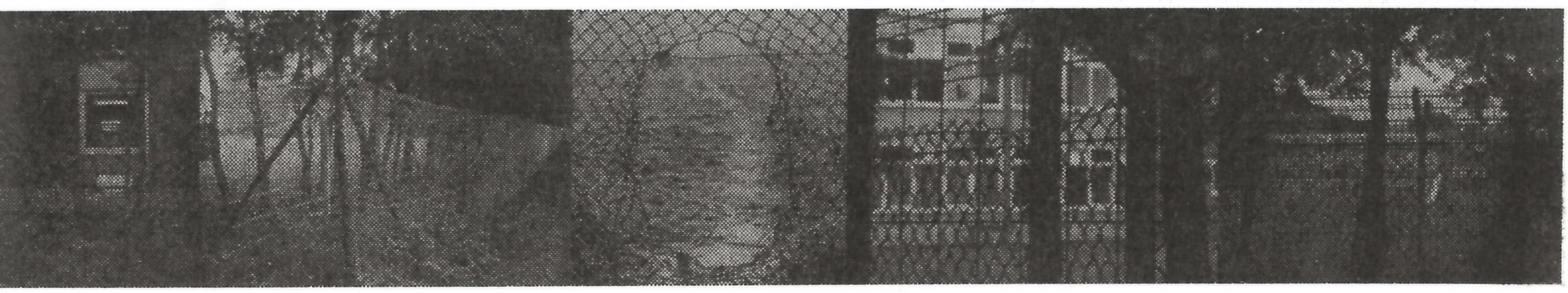
Wir sind ein Bündnis verschiedener antirassistischer, autonomer und feministischer Gruppen und Einzelpersonen, arbeiten in regionalen und überregionalen Zusammenhängen, manche von uns sind von rassistischen Sondergesetzen direkt betroffen, andere nicht. Uns geht es darum für ein selbstbestimmtes Leben für alle zu kämpfen. Wir protestieren gegen jegliche Form der Entrechtung und Ausgrenzung von Menschen. Seit vielen Jahren kämpfen wir gegen das Lagersystem in Deutschland, das Flüchtlinge aus der Gesellschaft ausgrenzt, sie kontrolliert und stigmatisiert.

Kontakt:
Antiraplenum Oldenburg
c/o Alhambra
Hermanstraße 83
26135 Oldenburg
antira-ol@web.de

Medienbus Oldenburg
c/o Alhambra
Hermanstraße 83
26135 Oldenburg

www.alhambra.de/nolager

Spendenkonto:
Arbeitskreis Dritte Welt e.V.
Kto-Nr. 015 131337
BLZ 28050100, LZO
Verwendungszweck: Aktionstage



«3.9.2006»

Den „Tag der Heimat" zum Desaster machen

Am 3.9. veranstaltet der Bund der Vertriebenen unter der Schirmherrschaft von Lutz Stratmann in der Gaststätte Harmonie in der Dragonerstr. 59 einen „Tag der Heimat". Dies gilt es zu verhindern.

Mummelgreise, die ihren Enkeln beim Volkstanz zusehen, Busgesellschaften, die noch mal nachgucken fahren, wie es da jetzt so aussieht. So stellt mensch sich „die Vertriebenen„ vor: Uralt und im Grunde harmlos.

Am 8. Mai 1945 ging der Traum vom Großdeutschen Reich, den auch viele Ostpreußen, Schlesier und Sudetendeutsche träumten und in die Tat umsetzen wollten, dank der Alliierten zuende.
50 Millionen Kriegstote und den Genozid an den europäischen Jüdinnen und Juden, das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte, lassen die Vertriebenen unter den Tisch fallen und erklären sich in der „Charta der Heimatvertriebenen" von 1950 zu den „Hauptleidtragenden des Zweiten Weltkriegs".
Sie, die so gerne auf Erinnerung pochen, vergessen jedoch, dass die Umsiedlung ein Ergebnis dieses Krieges und der Begeisterung der Deutschen im Osten für die Großraumpolitik Hitlerdeutschlands gewesen ist.
"Don´t mention the war". "Komm´ nicht auf den Krieg zu sprechen" ist die Leitlinie der Erinnerungspolitik der Vertriebenverbände. Ihre Geschichte setzt vermeintlich im Winter 1944 ein. Wie aus heiterem Himmel müssen sie sich auf den Weg nach Westen machen. Egal ob sie den Rückzug der Wehrmacht („Politik der verbrannten Erde") begleiteten oder aus Furcht vor dem berechtigten Zorn ihrer ehemaligen Nachbarn gingen, ist es mehr als falsch, wenn sie sich als die „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen" bezeichnen.
Mitleid kennt der Bund der Vertriebenen (BdV) nur mit sich selbst, und das bis heute.

So schafft es Hermann Schäfer, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat im Zentrum gegen Vertreibung, in einem Grußwort zur Eröffnung des Weimarer Kunstfestes im August 2006 zum Thema Erinnerungskultur das Konzentrationslager Buchenwald nicht zu erwähnen, obwohl das Eröffnungskonzert alljährlich unter dem Motto „Gedächtnis Buchenwald" steht. Die Geschichte zu reduzieren, wie es einem gerade passt, findet sich auch unter „Vertriebenen" in Oldenburg. Der ehemalige OB Horst Milde nannte die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde „selbstgerecht", weil sie ein Denkmal für die Vertriebenen in unmittelbarer Nähe zum Synagogen-Denkmal ablehnt.
Die Ausstellung „Erzwungene Wege" im Kronprinzenpalais in Berlin reduziert die antisemitische Vernichtungspolitik der Nazis auf die „Vertreibung" der Jüdinnen und Juden aus dem Alltagsleben und endet in der Darstellung mit der Wannseekonferenz.
Der Genozid an der europäischen Jüdinnen und Juden interessiert den BdV nur insoweit, wie er ihn für seine Ziele instrumentalisieren kann.
Das lässt vermuten: Das „Zentrum gegen Vertreibung" soll ein Zentrum für Geschichtsrevisionismus werden.
Über 60 Jahre lang haben die Vertriebenenverbände auf das schlechte Gedächtnis der Deutschen gesetzt und mit dreisten Ausblendungen Politik gemacht. Mit dem „Zentrum gegen Vertreibung" versuchen sie ihre verzerrte Wahrnehmung der Vergangenheit als offizielle Geschichte durchzusetzen.
Es ist aber bekannt wohin Großmachtstreben und der Drang nach Osten führen.

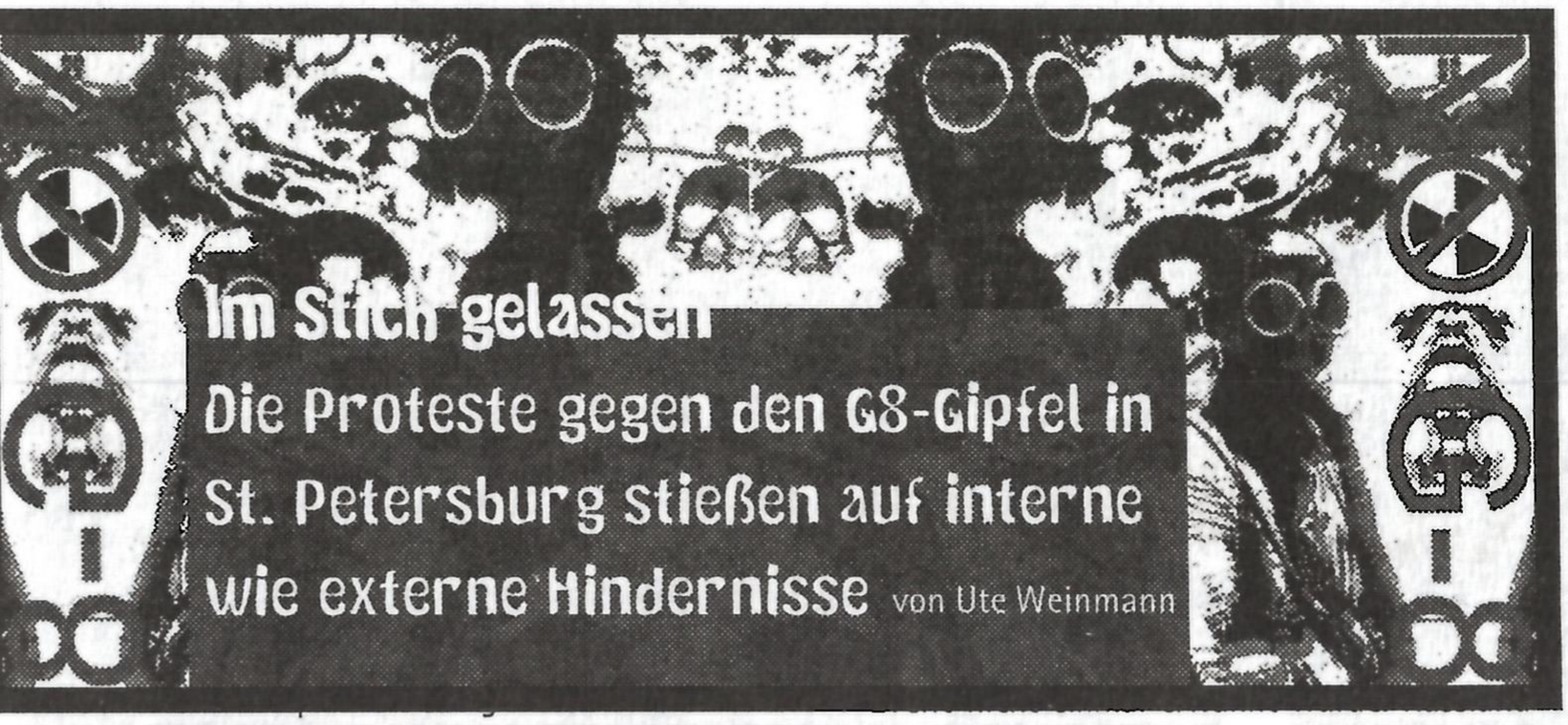
Wir glauben ihren Lügen nicht. Deutsche Täter sind keine Opfer!

Kein Vergeben, kein Vergessen!

Deswegen am 3. 9. von 15 – 17.30 Uhr
„Tag gegen Heimat, statt deutsche Harmonie" in der Dragonerstr. 59

Lasst uns zusammen Oma und Opa abnerven!

Treffpunkt 14 Uhr „Osternburger Markt" (Ecke Bremer Str./Ekkardstr.)



Im Stich gelassen

Die Proteste gegen den G8-Gipfel in St. Petersburg stießen auf interne wie externe Hindernisse

von Ute Weinmann

dürfte das diesjährige GS-Gipfeltreffen in St. Petersburg nicht in die Geschichte eingehen. Der Gipfel stand im Schatten des zeitgleich wieder eskalierenden Nahostkonflikts. Und die Abschlusserklärung zur für Russland vorrangigen Frage der Energiesicherheit konnte den bestehenden Dissens in der Energiepolitik nicht beseitigen. Aufgeschoben ist zudem auch Russlands Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO), was den Außenseiterstatus des Landes noch einmal bekräftigt. Nach wie vor ist Russland bei den Treffen der G8-Finanzminister nicht gleichgestellt.

Innenpolitisch hingegen feiert die russische Regierung den Gipfel als vollen Erfolg. Ganze 10,7 Milliarden Rubel (etwa 315 Millionen Euro) kosteten nach Angaben des russischen Organisationskomitees die Vorbereitungen. Zwei Drittel der Gelder flössen in den Ausbau der städtischen Infrastruktur und den Bau einer neuen Landebahn auf dem Flughafen Pulkowo. Nicht eingerechnet sind darin die millionenschweren Verluste durch die mehrtägige Schließung des Flughafens und der Einstellung des Schiffsverkehrs auf der Newa. Doch die Petersburger Gouverneurin Walentina Matwienko ist sich sicher, dass die Stadt durch den Imagegewinn im Zuge des Gipfeltreffens Investorinnen und Touristinnen anlocken und der entstandene Schaden somit kompensiert werde.

Für eine derart selbstsichere Einschätzung dürfte nicht zuletzt der Umstand verantwortlich sein, dass die bei G8-Gipfeltreffen üblichen massenhaften Proteste von GlobalisierungskritikerInnen ausblieben. Bereits im vergangenen Jahr bei den Gegenaktivitäten zum G8-Treffen im schottischen Gleneagles stand außer Zweifel, dass das G8-Treffen in Petersburg nur bei den wenigsten internationalen Gipferstürmerinnen Eingang in deren Protestkalender finden würde. Damals ertönten erste Auf rufe zur Teilnahme an den Protestaktivitäten gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm, in denen der Petersburger ist und bleibt trotz der Einbindung in internationale politische Strukturen von Westeuropa aus betrachtet Peripherie. Das betrifft gerade auch linke Zusammenhänge, die sich fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion noch immer enorm schwer tun, Zugang zu den dortigen postsozialistischen Beweg-ungen finden.

Dass sich nur wenige GlobalisierungskritikerInnen auf den Weg nach St. Petersburg gemacht haben, liegt aber auch an der chaotischen Vorbereitung in Russland und dem zähen Informationsfluss. Die politischen Verhältnisse in Russland sind von Außen betrachtet nicht transparent genug für eine Massenmobilisierung auf internationaler Ebene. Die russische Protestbewegung ist angesichts der schwierigen politischen Rahmenbedingungen im Land vorrangig mit sich selbst beschäftigt. Sie ist auf die Organisierung stabiler und effektiver Strukturen gegen die antisoziale Politik des Kremls ausgerichtet und wenig kompatibel zu den als Vorbilder gepriesenen Protestbewegungen des Westens. Wer Solidarität mit russischen sozialen Bewegungen üben will, muss dem Rechnung tragen und sich weitgehend auf die russischen Strukturen einlassen.

Im Kreml schien man entgegen der Propaganda der Vorjahre im Zuge anderer Gipfeltreffen nicht mit der Anreise von ausländischen »Antiglobalisten« gerechnet zu haben. Vielmehr konzentrierte sich die Strategie des Staats auf die Einschüchterung protestwilliger russischer Gewerkschafterinnen, Friedensaktivistinnen, Anarchistinnen und vieler anderer, die ihre Teilnahme am Zweiten Russischen Sozialforum angekündigt hatten. Nach monatelangen zähen Verhandlungen mit der Stadt St. Petersburg und dem Kreml erhielten die Organisatorinnen des Sozialforums grünes Licht für eine Veranstaltung im weitab vom Stadtzentrum gelegenen und zum Abriss freigegebenen Kirow-Stadion. Dieses zweigleisige Verfahren – einerseits dem Gegengipfel die Genehmigung an einem Ort weitab von der Öffentlichkeit zu erteilen bei gleichzeitigem Verbot der vorgesehenen Demonstration und andererseits Hunderte potentieller Teilnehmerinnen aus ganz Russland an der Anreise zuhindern - ermöglichte es dem Kreml, geplante Proteste weitgehend zu unterbinden.

In den Tagen vor Beginn des Sozialforums fand eine in ihren Ausmaßen beispiellose, konzertierte Kampagne der Staatsschutzorgane statt. Der Inlandsgeheimdienst FSB und das Innenministerium waren daran beteiligt, aber auch die Russische Eisenbahn übernahm durch die Bereitstellung von Daten über gekaufte Fahrkarten einen wichtigen Anteil. Hunderte Aktivistinnen wurden aus Zügen heraus festgenommen, erhielten Hausbesuche von der Miliz, absurde Einberufungen zum Reservedienst der Armee, wurden verhört, geprügelt, in »Schutzhaft« genommen oder landesweit zur Fahndung ausgeschrieben. In etlichen Fällen wurden Strafverfahren wegen angeblichen Waffenbesitzes oder »extremistischer Äußerungen« eingeleitet oder angedroht. Mindestens 250 Personen gelang es nicht, nach St. Petersburg zu fahren.

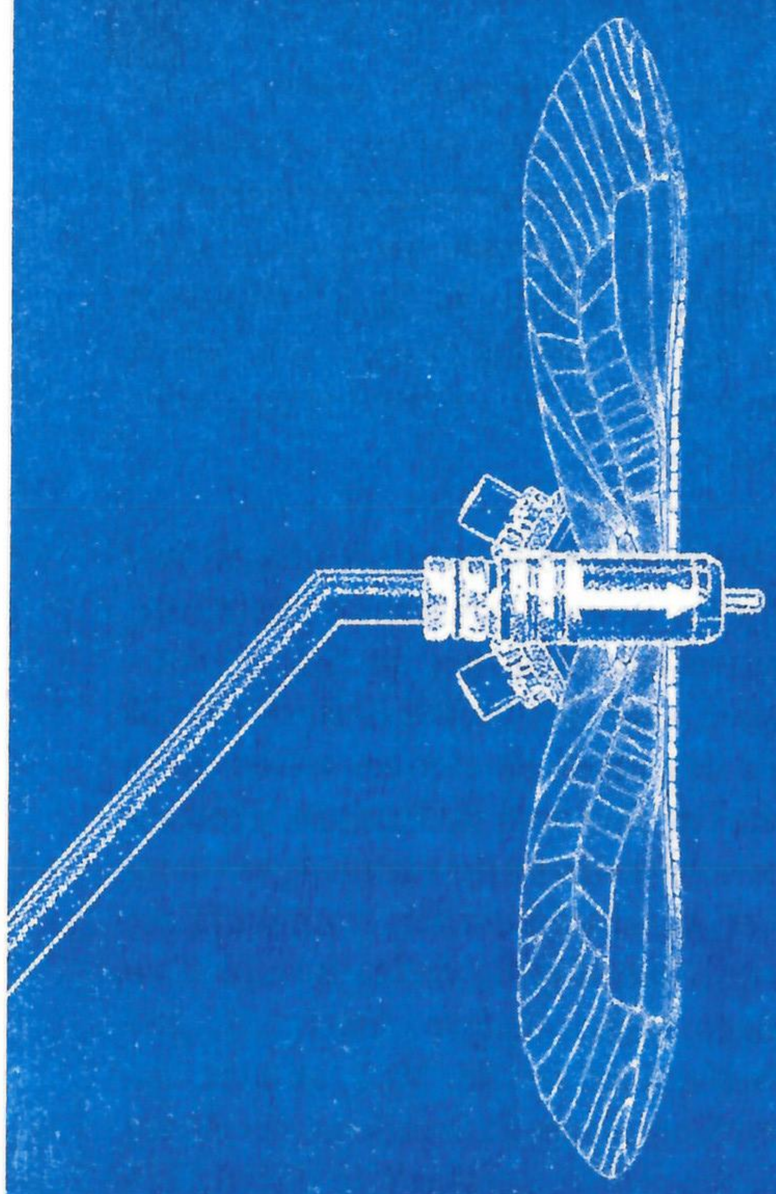
Das Sozialforum hat dennoch getagt und wie geplant in Arbeitsgruppen und auf Großplena etliche Resolutionen verabschiedet.

Doch wirkte sich die Abwesenheit zahlreicher Aktivistinnen aus den verschiedenen Regionen Russlands negativ auf die Produktivität des Forums aus. Proteste des Forums außerhalb des Stadiongeländes blieben gänzlich aus. Dafür gelang etlichen Anarchistinnen eine kurzzeitige Blockade des Radisson Hotels in der Innenstadt, in dem offizielle G8-Delegationen untergebracht waren. Dabei sowie bei einer Antikriegskundgebung und einer Clownsparade erfolgten zwar insgesamt 80 Festnahmen und anschließend etliche Urteile über mehrere Tage Haft.

Aber angesichts des Versuchs der totalen Kontrolle und Einschüchterung durch den Staatsschutz dürfen diese Aktionen als kleiner Erfolg gewertet werden.

Doch insgesamt stellt sich nach dem Gipfel die Frage nach den weiteren Perspektiven internationaler Zusammenarbeit und der Koordination innerrussischer Protestbewegungen schärfer als jemals zuvor.

Ute Weinmann ist freie Journalistin und lebt in Moskau.



DIE OLDENBURG - BREMEN CONNECTION

2x DIN A4 HB Innen & 1x DIN A4 OL außen

01.09 - 02.09
Punk/HC-Festival in Lesum mit:
RESTARTS +
EL BANDA +
FLEAS&LICE +
WWK +
ZUSCHANDEN +
GUERILLA +
FREEBOOTERS + ...
infos unter: www.pob-bremen.de.tk

06.09 20:30
konzert
backstabbers inc. (portsmouth, us)
sielwallhaus HB

19.00
Spieleabend und Musik
-Play Lo-Fi.
KurzSchluss HB

07.09. 19:30
konzert
PAINT IT BLACK (usa) +
NEW MEXICAN DISASTER SQUAD (usa) +
EMPTY VISION (Lehrte)
Wehrschloss HB

Sa.09.09. 23:30
crack, hallo hier! 3#
advanced electronics mit den midimäusen,
basstard, olit, hertzcanary, shid*made, nick swift.
zakk HB

Maiden Night
um **24h** das furchtbare Maiden-Quiz...
furchtbar HB

Sa. 10.09 19:00
konzert.
Der Wahre Jakob und Band
singer/songwriter-konzert im kurzschluss HB

Mi. 11.09 20:00
diskussion.humani tv
humani tv - die totale freiwillige Selbstkontrolle auf Island | Film- und Diskussionsveranstaltung mit Kai Kaschinski im paradox HB

19:30
Veranstaltung/Repression
zur aktuellen staatlichen Repression gegen aktive Antifas und antifaschistische Strukturen in Frankfurt/Oder.
Infoladen HB

13.09. XX:00
konzert
ALL SYSTEMS FAIL (Anarcho HC ala AUSROTTEN aus den USA) +
CAVE CARNEM (Neurosis'sche Klänge aus Hannover!)
HEMSBÜNDE in der Garage!!!

15.09. 21:00
konzert
BOMBENALARM +THE RATS (Swe)
G18 HB

22:00
*GENDERFUCK DE LUXE*TOUR:
SV DAMENKRAFT (Wien) femploitation - genderfuck exquisit. techlectroretrokick! +
SISSY BOYZ (Bremen) dirty 'n' glamourous allgirlboygroup!
spedition | güterbahnhof tor 49 - 52 HB

19:00
lauschkultur
Lauschkultur mit DJ
KurzSchluss HB

16.09 18:00
aufMUCKEn GEGEN RECHTS
THE SLAPSTICKERS +
MONTREAL +
MAD MONKS +
TINY-Y-SON +
STU!SHIT +
2ND SOLUTION +
SCOOPHEAD +
THE GLUES
infos: www.aufmucken.com
Zentralsportanlage Weyhe

22:00
folterabend fourtune
glück im unglück, gemeinsam erleben
zakk HB

22:00
AGIT POP DISCO
Magazinkeller HB

17.09. 23:30
KERAMIKCOMICS
ausstellungseröffnung
KurzSchluss HB

19.09. 21:00
konzert
Ballast(CAN) +
Appocalipstix(HB)
Magazinkeller HB

20.09. 19:00
Universaldiskothek mit DJ
KurzSchluss HB

22.09. 19:00
wochenendpunk
the fast and the furious
KurzSchluss HB

22.09. - 21.09.
Das zweite Bremer Sozialforum
(www.bremer-sozialforum.de) findet
im Kulturzentrum Lagerhaus statt.

23.09 21:00
plastik club.
kinn (b) postrockminiaturen aus der hauptstadt
und fendt (obb) slowmo-gitarren aus dem alpenvorland
beim neustadtsgüterbahnhof 65 HB

22:00
konzert WAR ALL THE TIME
+ Support
Friese HB

24.09 16:30
Sunday Hardcore Matinee
SINKING SHIPS (usa) +
SHOOK ONES (usa) +
KURHAUS (Hamburg) +
WITHIN WALLS (Österreich) +
HOODS UP (Hamburg)
magazinkeller HB

28.09. 21:00
konzert
quintron & miss pussycat +
dj pasta [alle new orleans]
friese HB

20:00
diskussion
Thema: Die Militarisierung des Nahen und Mittleren Ostens -ideologische und
politische Konzeptionen Diskussionsveranstaltung mit Claudia Haydt
paradox HB

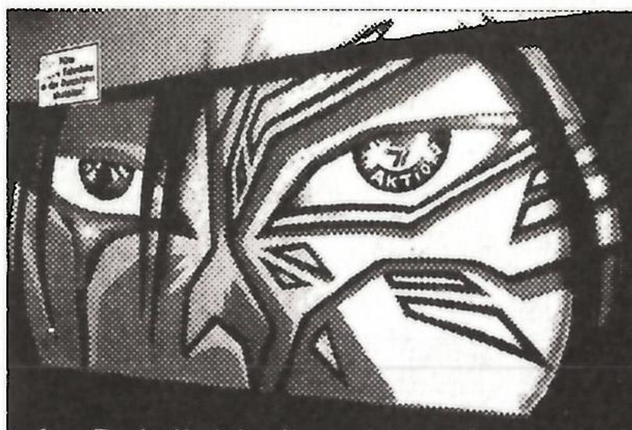
29.09. 22:00
konzert 7 CROWNS (Ex-Tiny Elvis aus Bath)
+Support | Soli fürs B.O.B. 07 in England
Friese HB

23:03
jukebox: school's on.
zakk HB

30.09. 21:00
konzert. hinterlandt + gäste
zakk HB

20:00
konzert
I WALK THE LINE (finnischer Punkrock zw. Social D. und Murder CityDevils)
+ TSAR BOMBA (rotziger Punkrock aus Bremen)
Römer HB

19:00
StandUp Festival im Wehrschloß mit
Wisecräcker (Skapunk Hannover) +
Ska 'n'Ska (Ska aus Schweden) +
Jinx (SkapunkEmocore aus Nienburg)
Red Fire Burning (Hardcore aus Bremen)
und Fetsch (Alternative aus Wildeshausen)
einlass 18.00 | wehrschloss



Kein Neonaziaufmarsch am 28. Oktober 2006 in Göttingen

Goldener Oktober 2006

Darum geht´s

An Peinlichkeiten ist er kaum noch zu überbieten: Der Aufruf von Neonazis am 28. Oktober 2006 einen Aufmarsch in Göttingen durchführen zu wollen. Der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD - Adolf Dammann - hat "als Privatmann" für den kommenden Herbst gleich drei Umzüge bei der Stadt Göttingen angemeldet. Die Termine sind der 14., der 21. und der 28. Oktober 2006. Die Naziwunschroute verläuft durch die Innenstadt. Ihre eigene Großmäuligkeit wohl selber nicht ernst nehmend, wird auf verschiedenen norddeutschen Nazihomepages bereits jetzt nur für den 28. Oktober 2006 noch Göttingen mobilisiert. Besonderes Highlight ist das Motto für alle drei Veranstaltungen: "Dem Gutmenschen-Popanz entgegentreten, Zeckenzentren auflösen, Stadtverwaltung ablösen." Göttingen habe, so stellen die Nazi-Dumpfbacken frustriert fest, die radikalste linksextreme Szene. Christian Worch - Dauernaziaufmarschanmelder aus Hamburg - vergleicht die beschauliche Universitätsstadt mit analytischer politischer Schärfe mal eben mit dem Kongo oder Afghanistan. Adolf Dummann rechnet mit 500 Teilnehmern. Bei der Kundgebung am 13. Mai 2006 traf allerdings nur ein kleines Häuflein von nicht einmal 150 Nazis in Göttingen ein.

Die Ankündigung der Faschisten ist der dritte Anlauf innerhalb eines Jahres, in Göttingen einen Fuß auf den Boden zu bekommen. Ein NPD-Aufmarsch am 29. Oktober 2005 wurde von über 30 brennenden Barrikaden, direkten Angriffen autonomer Antifas und einer Bündnisdemonstration bereits nach wenigen hundert Metern zur Umkehr gezwungen. Auch die gewünschte Revanche der Neonaziader Christian Worch und Adolf Dammann, am 13. Mai 2006 mit einem Doppelaufmarsch nachzulegen, geriet zur politischen Bauchlandung für die Sandkastenstrategen. Das Bundesverfassungsgericht bescheinigte den Neonazis, dass ein faschistischer Aufmarsch in Göttingen zur Zeit wegen des antifaschistischen Widerstandes nicht möglich sei. Lediglich eine stationäre zweistündige Kundgebung wurde ihnen zugestanden. Auch diese musste von 6.800 PolizistInnen gegen den Widerstand von über 7.000 AntifaschistInnen beschützt werden.

Ausstellung

"WERBUNG UND KONSUM"

16.10.- 19.10.2006

Abschlusskonzert
20.10.2006
KLING KLANG Wilhelmshaven

Nach der letzten Ausstellung "WORK IN PROGRESS", zum Thema Arbeit, wird die Arbeitsgruppe POLITISCHE WERKSTATT auch dieses Jahr wieder eine Ausstellung organisieren.

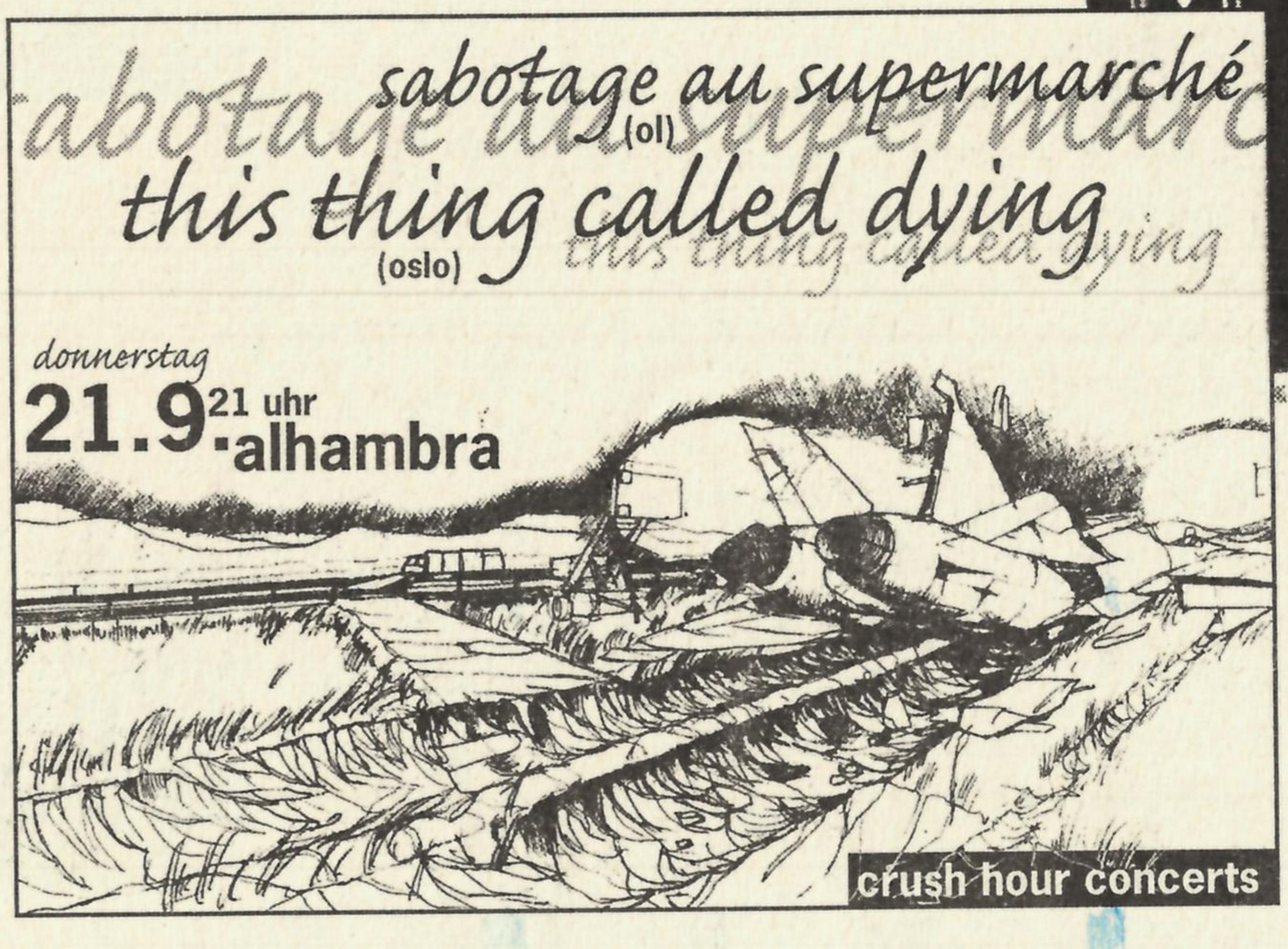
Das diesjährige Thema schließt sich dem Letzten unmittelbar an.
Die Gruppe hat sich etliche künstlerische, kreative und aufwendige Objekte einfallen lassen, die zum Teil auf skurrile gesellschaftskritische Punkte hinweisen.
Es werden daneben auch Filmvorführungen, Lesungen, Theaterstücke,
uvm. angeboten.
Der Eintritt ist frei.
Den Abschluss wird auch dieses Jahr am 20.10.2006 ein Konzert gegeben.
Weitere Details über die Programmpunkte
und die Bands und den Eintrittspreis beim Konzert werden noch bekannt gegeben.
Der Preis wird fair sein (4-5 Euro), wir wollen ja nur die Kosten decken..

http://www.politischewerkstatt.de/

CRUSH HOUR CONCERTS PRÄSENTIERT:

Am 8. September 2006 (Fr.!!) spielen

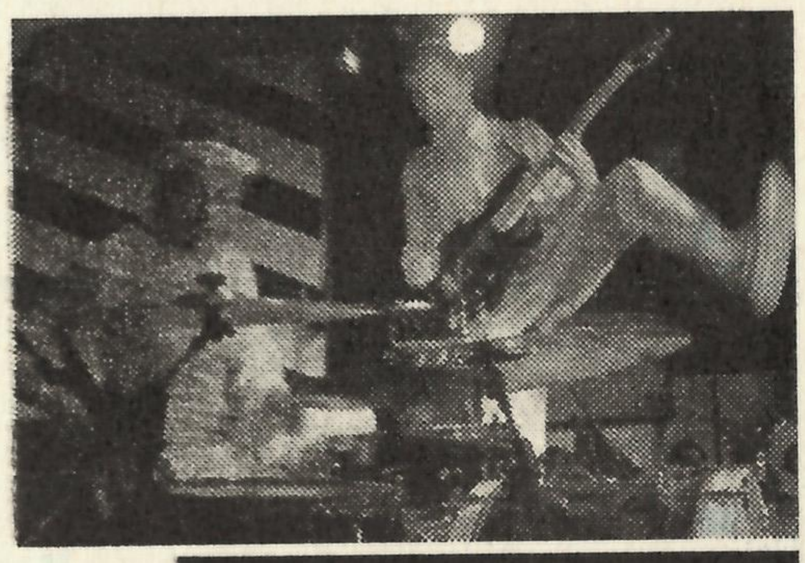
Heliotrope
Treibende Songs, tanzbar zwischen Elektronik und Indie, überzeugen in feinster Powerpopmanier.
Nefo Niek
Die sind cool und spielen trashige Lieder, die sie gnadenlos bei anderen Bands geklaut haben. Immer wieder ein Erlebnis!
(Beide Bands Lokalhelden aus Oldenburg)



Am 21. September (Do.) spielen

this things called dying (Norwegen)
und
Sabotage au Supermarché (Oldenburg)

Am 1.Oktober 2006 (So.) spielen **Vialka** (frankreich + kanada) , **schwervon (NYC)**, **toby goodshank** (NYC)



Vialka sind ein "turbofolkgypsypunk micro-orchestra"... sagen sie selber. ein wunderbar schräges krach-duo, mittlerweile regelmäßig bei uns zu Gast.

Schwervon waren letztes Jahr mit Kimya Dawson bei uns. ein Antifolk-duo (Gitarre/ Schlagzeug und Gesänge) **aus** New York.

Toby Goodshank spielte Gitarre bei den **Moldy peaches**, der legendären **ersten Band von** Kimya Dawson **und Adam** Green. **Jetzt ist er solo** unterwegs

alhambra september

Termine

Fr.	1.9.	22:00	Reggae Corner
Sa.	2.9.	22:00	Lesbischwule 90er - Party mit DJ Frank
Mi.	6.9.	20:30	FrauenLesben-Kneipe Film : FrauenLesben Demo am 30.4.
Fr.	8.9.	21:00	Crush Hour Concerts: Heliotrope + Nefo Niek
Sa.	9.9.	22:00	Frauendisko 'Die Sufragetten', ab 21:00 Standarttanz
Mo	11.9.	20:30	Veranstaltung: Repression gegen Antifas in Brandenburg
Fr.	15.9.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	16.9.	22:00	Männerfabrik
Do.	21.9.	21:00	Crush Hour Concerts: This Thing Called Dying (Oslo) + Sabotage Au Supermarché (Ol)
Sa.	23.9.	21:00	Konzert: 'Odeon' + 'Hidden in the fog'
Do.	28.9.	21:00	Konzert: 200 Keeper (USA) + Alli Total Blam Blam (HH)
Fr.	29.9.	21:00	Punk-Ska-Konzert mit drei Bands
Sa.	30.9.	22:00	Rosa Disco

Oktober 06

So.	1.10.	21:00	Crush Hour Concerts: Schwervon! + Vialka + Toby Goodshank
Mo.	2.10.	22:00	Na Und Party
Fr.	6.10.	22:00	Reggae Corner
Sa.	7.10.	22:00	Homophilias - Party für Lesben & Schwule

regelmäßige Termine:

Monatlich:

1. Mi.	20:00	Frauenlesben Kneipe
2. Mo.	20:00	Politische Werkstatt
2. Fr.	20:30	Alhambra-NutzerInnenplenum

Wöchentlich:

Mo.	18:00	Archiv
Mo.	18:00	Crush Hour Concerts
Mo.	20:30	Antifa - Cafe
Do.	17:00	Jugendcafe "Kaluppe"
Do.	18:00	SchülerInnenbündnis "Swimmy"
Do.	19:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe